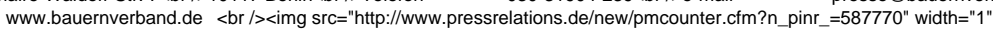




Brüssel sollte Milchbauern nach Ende der Milchquote Rückenwind geben

Brüssel sollte Milchbauern nach Ende der Milchquote Rückenwind geben
Deutscher Bauernverband im Gespräch mit EU-Abgeordneten
"Der Milchsektor steht mit dem Ende der Milchquote am 31. März 2015 vor einem Paradigmenwechsel. Die europäischen Institutionen dürfen die neue Marktsituation für die Milchbauern und Molkereien jetzt durch die EU-Agrarpolitik nicht mit immer neuen, überzogenen Vorgaben belasten". Dies forderte der Vizepräsident des niedersächsischen Landvolks, Heinz Korte, anlässlich eines Gesprächs von Vertretern des Deutschen Bauernverbandes (DBV) mit den deutschsprachigen Abgeordneten für Landwirtschaft im Europaparlament. Obwohl sich die landwirtschaftlichen Unternehmer bereits auf das Ende der staatlichen Mengenregulierung eingestellt haben und neue Marktchancen sehen, wird die Herausforderung stark schwankender Auszahlungspreise zunehmen, stellte Korte fest. Nicht nur die Branche sei gefordert, sich den verschärfenden Bedingungen zu stellen, sondern auch die Politik stehe in der Verantwortung, die Milchproduktion im Wettbewerb zu unterstützen.
Der Vizepräsident des Rheinischen Landwirtschafts-Verbandes, Wilhelm Neu, hob in dem Gespräch hervor: "Der enorme Bürokratieaufwand, der den Landwirten mit der europäischen Agrarpolitik auferlegt wird, aber auch konkret die geplanten Änderungen der Richtlinie für Emissionshöchstmengen belasten unsere Landwirtschaft und verschlechtern die Wettbewerbssituation. Die EU-Kommission schlägt dabei Reduktionen der Emissionen von Ammoniak- und Methan in Größenordnungen vor, die praktisch das Aus für die Tierhaltung in weiten Teilen Deutschlands bedeuten würden." Das Europäische Parlament sei gefordert, dem Einhalt zu gebieten und die Richtlinie zu überarbeiten, um Strukturbrüche zu vermeiden. Gleiches gelte auch für Gesetzesinitiativen im Bereich der Haltungsbedingungen. "Die Erfahrungen aus anderen Sektoren der Tierhaltung haben verdeutlicht, dass starre und vorschnelle europäische Tierschutzvorgaben eine große Anzahl von Betrieben, gerade kleine und mittlere, zur Aufgabe zwingen", betonte Neu.
Korte und Neu stellten auch fest, dass die Einführung einer neuerlichen Regulierung der Produktionsmengen den Milchbauern nicht helfe. Vielmehr bestünde bei Umsetzung solcher politisch wie auch wirtschaftlich unrealistischen Forderungen die Gefahr, dass der Strukturwandel angeheizt werde und junge entwicklungsfähige Milchviehhalter die Milcherzeugung aufgeben müssten. Investitionen in die Betriebe würden dadurch für den einzelnen Milchbauern erheblich riskanter werden. Positive Auswirkungen auf den Milchzahlungspreis würden jedoch nicht erreicht.
Autor: Deutscher Bauernverband
Copyright: DBV
Rückfragen: DBV-Pressestelle
Claire-Waldoff-Str. 7
10117 Berlin
Telefon: 030-31904-239
e-mail: presse@bauernverband.net
Homepage: www.bauernverband.de


Pressekontakt

Deutscher Bauernverband e.V. (DBV)

10117 Berlin

Firmenkontakt

Deutscher Bauernverband e.V. (DBV)

10117 Berlin

Der Deutsche Bauernverband ist der landwirtschaftliche Spitzenverband in Deutschland. Seine Mitglieder sind die Landesbauernverbände und führende Organisationen der Land- und Forstwirtschaft sowie ihr nahe stehende Wirtschaftszweige. Über die 18 Landesbauernverbände und ihre Kreisverbände ist der Deutsche Bauernverband im gesamten Bundesgebiet für alle Mitglieder vor Ort mit Beratungs- und Geschäftstellen präsent. Der Organisationsgrad der Bauern in ihrer Interessenvertretung ist sehr hoch: über 90 Prozent aller rund 400.000 landwirtschaftlichen Betriebe sind auf freiwilliger Basis Mitglied im Deutschen Bauernverband. Deshalb kann der Deutsche Bauernverband für sich in Anspruch nehmen, die Stimme aller landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland zu sein, gleich welcher Produktionsrichtung und Rechtsform. Der Deutsche Bauernverband versteht sich als Unternehmerverband, der die Anliegen seiner Mitglieder gegenüber der Politik vertritt und sie bei der Führung ihrer Unternehmen unterstützt. Über seine Büros in Bonn, Berlin und Brüssel ist er Ansprechpartner für politische Parteien, Verbände und Organisationen des öffentlichen Lebens auf nationaler und europäischer Ebene.